

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle,
Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger u.a. CSU**
Drs. 15/5684

**zur Änderung des Gesetzes über die Hochschule für
Politik München**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 1 folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Es wird folgende neue Nr. 1 eingefügt:

„1. Dem Art. 3 werden folgende Sätze 3 bis 5 angefügt:

„³Die Satzung kann auch vorsehen, dass die Hochschule von den Hörern Verwaltungsgebühren und Studienbeiträge erhebt; die Studienbeiträge dienen der Verbesserung der Studienbedingungen und dürfen für jedes Semester nicht mehr als 500 € betragen. ⁴Die Erhebung der Studienbeiträge muss sozialverträglich ausgestaltet sein, wobei insbesondere die Belange von Hörern, die zugleich an einer staatlichen Hochschule immatrikuliert sind, angemessen berücksichtigt werden sollen. ⁵Das Nähere, insbesondere zur Höhe, Erhebung und Verwendung sowie zur sozialverträglichen Ausgestaltung, regelt die Satzung.““

2. Die bisherigen Nrn. 1 und 2 werden Nrn. 2 und 3.

Berichterstatter: **Prof. Dr. Hans
Gerhard Stockinger**
Mitberichterstatterin: **Adelheid Rupp**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur federführend

zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 63. Sitzung am 12. Juli 2006 beraten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Gesetzentwurf in seiner 67. Sitzung am 10. Oktober 2006 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: kein Votum

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

4. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 58. Sitzung am 26. Oktober 2006 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der „1. Januar 2007“ eingefügt wird.

Dr. Ludwig Spaenle
Vorsitzender